GSP.D-01-212

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Cem Özdemir (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 211 bis 212 einfügen:
terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben.

(262neu) Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU ist nicht aufgeklärt, die Verletzungen der Angehörigen sind nicht verheilt. Für alle Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land geht es bei der Aufklärung solcher, rassistisch motivierter Verbrechen nicht zuletzt um das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und die wehrhafte Demokratie. Es braucht daher eine unabhängige, zentrale Sicherung und Aufarbeitung aller vorhandenen Unterlagen rassistischer, antisemitischer und terroristischer Taten – von RAF, über NSU, Oktoberfestattentat und dem Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz. Hierdurch können Kontinuitäten und Netzwerkstrukturen sichtbar gemacht und der Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft gestärkt werden.

Begründung

Der tödliche Terror des rechtsextremen NSU hat in unserer Gesellschaft tiefe Wunden hinterlassen. Statt nach den Terroristen zu fahnden, wurden die Opferfamilien aufgrund ihres Migrationshintergrundes selbst verdächtigt und dabei rassistische Stereotype durch die Sicherheitsbehörden bedient. Trotz eines Versprechens der Bundeskanzlerin ist der NSU-Komplex bis heute nicht vollständig aufgeklärt. Die Vernichtung von Beweismitteln, zahlreiche Ungereimtheiten, Geheimhaltungen und der zweifelhafte Umgang mit relevanten Akten hat das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und in die Sicherheitsbehörden nachhaltig beschädigt. Gerade für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Umgang mit dem NSU-Komplex zu einem Symbol und Lackmustest dafür geworden, wie ernst es unser Rechtsstaat und unsere Sicherheitsbehörden mit der Aufklärung von Verbrechen meinen, wenn die Opfer einen migrantischen Hintergrund haben. Das Signal muss lauten: Unser Rechtsstaat schützt dich, egal, wie du heißt, wie du aussiehst, wo du oder deine Vorfahren herkommen.

Wir brauchen in der Bundesrepublik daher ein zentrales Archiv, das Beweismaterialen, Akten und andere Unterlagen zentral sammelt, sichert und wissenschaftlich aufarbeitet.

Der Verdacht, der Staat würde etwas verheimlichen, wiegt schwer. Die vollständige Aufklärung und Aufarbeitung rassistischer, antisemitischer und terroristischer Verbrechen wie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübckes, des Oktoberfestattentats oder der Verbrechen eines sogenannten „NSU 2.0“ ist ein fortlaufender Prozess. Sie ermöglicht es, Kontinuitäten und Netzwerkstrukturen zu erkennen und dient auch dem Zusammenhalt und der Vielfalt unserer Gesellschaft.

weitere Antragsteller*innen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Nese Erikli (KV Konstanz); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Muhterem Aras (KV Stuttgart); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Adil Oyan (KV Bergstraße); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Turgut Altug (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Anna Christmann (KV Stuttgart); Mustafa Kemal Öztürk (KV Bremen-Mitte); Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte); Franziska Brantner (KV Heidelberg); Florian Kommer (KV Berlin-Neukölln); Berivan Aymaz (KV Köln); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.